

<b>Ergebnisprotokoll der 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 23.08.2018</b>
---

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Crueger  
Herr Senkal  
Frau Sprehe  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Scharf  
Herr Imhoff  
in Vertretung für Herrn Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Bücking

**Die Linke**

Frau Bernhard

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz

**II Verwaltung**

Frau Prof. Dr. Reuther  
Frau Kamp  
Herr Polzin  
Herr Dr. Sünnemann  
Herr Kaal  
Herr Löwer  
Herr Sowa  
Herr Eickhoff  
Herr Tornow  
Herr Döpkens  
Herr Petry  
Herr Wessel  
Frau Cordes  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Frau Pieper  
Herr Donaubauer

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr  
Bauamt Bremen Nord

**III Gäste**

Herr Döpp

Sparkasse Bremen

**IV Gastdeputierte**

Herr Hamann

SPD-Fraktion

Frau Dr. Schaefer

Fraktion B'90/Die Grünen

Herr Janßen

Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Es gibt einen **Nachtrag** zur Tagesordnung:

**TOP 8a)** "Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch immer offenen Verwendungsnachweisen 2015"

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Protokoll 19/29 der Sitzung am 09.05.2018</li><li>• Protokoll der gemeinsamen Sitzung mit der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 29.05.2018</li><li>• Protokoll der Sondersitzung am 29.05.2018</li><li>• Protokoll 19/30 der Sitzung am 14.06.2018</li></ul>	
-------	--	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 23.08.2018.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

TOP 4	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 137 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität</b> - öffentliche Auslegung	Vorlage 19/472
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 137 zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahzubringer Universität (Bearbeitungsstand 04.07.2018) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 137 zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahzubringer Universität (Bearbeitungsstand 04.07.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	<p><b>9. Ortsgesetz zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahnlinie Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee (Bearbeitungsstand: 15.03.2018)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erweiterung des Geltungsbereichs</li> <li>- Zustimmung zur Erhaltungssatzung</li> </ul>	Vorlage 19/474
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des 9. Ortsgesetzes zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahn Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee (Bearbeitungsstand: 15.03.2018) erweitert wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des 9. Ortsgesetzes zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahn Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee (Bearbeitungsstand: 15.03.2018) einschließlich Begründung zu.

Einstimmig

TOP 6	<p><b>Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Südlich der Hindenburgstraße</li> <li>- Östlich der öffentlichen Parkanlage Ihletal</li> <li>- Nördlich der Bahnlinie Bremen-Burg - Bremen-Vegesack</li> <li>- Planaufstellungsbeschluss</li> <li>- beschleunigtes Verfahren gemäß §13a BauGB)</li> </ul>	Vorlage 19/466
-------	--	-------------------

**Frau Neumeyer** weist darauf hin, dass in der Vorlage statt Innenverdichtung der Begriff der Innenentwicklung verwendet werden muss.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Burglesum südlich der Hindenburgstraße ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage beschriebenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 1278 für ein Gebiet in Bremen – Burglesum südlich der Hindenburgstraße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2430 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt zwischen Buntentorsdeich, beiderseits Am Dammacker und der Grünverbindung zum Werdersee.</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Planaufstellungsbeschluss</li><li>• öffentliche Auslegung</li></ul>	Vorlage 19/478
--------------	--	-------------------

**Frau Bernhard** problematisiert die schleichende Veränderung von Gewerbe zu Wohnbau, gerade für kleinere Gewerbeflächen bis 2.000 m<sup>2</sup>. Sie wird sich daher enthalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2430 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich, beiderseits Am Dammacker und der Grünverbindung zum Werdersee (Bearbeitungsstand: 02.08.2018) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2430 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich, beiderseits Am Dammacker und der Grünverbindung zum Werdersee (Bearbeitungsstand: 02.08.2018) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2430 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Buntentorsdeich, beiderseits Am Dammacker und der Grünverbindung zum Werdersee (Bearbeitungsstand: 02.08.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2

*BauGB öffentlich auszulegen ist.*

*Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE*

<b>TOP 8</b>	<b>Neu- und Änderungsanträge zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr</b>	Vorlage 19/467  L/S
--------------	--	------------------------------

Siehe auch Protokoll der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 23.08.2018.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die in den Anlagen dargestellten neuen Maßnahmen und die Änderungen bereits beschlossener Maßnahmen zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahmen und ihrer Finanzierung aus Verstärkungsmitteln zu.*

*Einstimmig*

<b>NACHTRAG TOP 8a)</b>	<b>Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch immer offenen Verwendungsnachweisen 2015 - Zuwendungsbericht 2016-</b>	Vorlage 19/484
-----------------------------	---	----------------

Siehe auch Protokoll der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 23.08.2018.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung und Energie (L/S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 9</b>	<b>Umgestaltung „Osterfeuerberger Ring“ zwischen „Auguststraße“ und „Kreisel Utbremer Ring“</b>	Vorlage 19/460
--------------	---	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Vorlage und der dargestellten Finanzierung und Durchführung zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die erforderliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5,580 Mio. € über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.*

*Einstimmig*

<b>TOP 10</b>	<b>Straßenbenennung Hans-Neumann-Weg</b>	Vorlage 19/462
---------------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.*

*Einstimmig*

TOP 11	<b>Teilumbenennung der Straße Karl-Ferdinand-Braun-Straße in Manfred-Fuchs-Platz</b>	Vorlage 19/463
--------	--	-------------------

**Frau Bernhard** erklärt, dass sie sich dem Votum ihrer Beiratsfraktion anschließe und sich enthalten werde.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass die Benennung von Straßen das Recht der Beiräte sei. Gleichwohl appelliert er an die Beiräte, auch Personen weiblichen Geschlechts für Straßenbenennungen vorzuschlagen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.*

*Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE*

TOP 12	<b>Straßenbenennung Leo-Drabent-Weg</b>	Vorlage 19/464
--------	---	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.*

*Einstimmig*

TOP 13	<b>Straßenbenennung Karl-Lüneburg-Straße</b>	Vorlage 19/465
--------	--	-------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.*

*Einstimmig*

TOP 14	<b>Rückbau der Beleuchtungsmasten am Nordwestknoten und Wiederherstellung der Beleuchtung auf den Bremer Stadtstraßen</b>	Vorlage 19/470
--------	---	-------------------

Auf die Frage von **Herrn Saxe** antwortet **Frau Pieper**, dass die Beleuchtungsmasten dort aktuell alle drei bzw. sechs Monate und zusätzlich nach Sturm ab bestimmten Windstärken auf ihre Standfestigkeit überprüft werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.*

*Einstimmig*

TOP 15	<b>Ideenmeisterschaft Mitte Bremen</b>	Vorlage 19/475
--------	--	-------------------

**Frau Bernhard** hält eine solche mehrheitlich privatisierte Vorgabenrunde für grenzwertig. Zudem möchte sie wissen, wofür die hierfür vorgesehenen 400.000 € ausgegeben werden.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass ein ungewöhnliches Format gewählt wurde. Dieses sei entstanden aus dem Diskussionsprozesses um den Erwerb des Parkhaus Mitte, aber auch aus der öffentlichen Anhörung mit weiteren Investoren im Innenstadtbereich. Es sei sehr deutlich geworden, dass es Sinn mache, die vielen verschiedenen Überlegungen zusammenzuführen. Der Senat habe immer wieder deutlich gemacht, dass es um eine Qualifizierung der öffentlichen Räume gehe und den historischen Stadtgrundriss ein Stück weit wieder frei zu legen. Die Bremer Innenstadt werde nicht an private Investoren ausverkauft werden. Man habe sich jetzt auf diesen gemeinsamen Prozess mit auswärtigen Expertinnen und Experten verständigt, u. a. sei die ehemalige Münchner Stadträtin Frau Dr. Thalgot mit dabei. Dieser Prozess werde weder eine Stadtplanung ersetzen, noch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung würden die Ergebnisse dieses Prozesses transparent gemacht werden. Dieses Format werde Orientierung darüber geben, welcher Nutzungsmix in der Innenstadt gebraucht werde, wie sich der Einzelhandel entwickeln werde, wieviel Wohnen, wie viel Kultur und andere Angebote sinnvoll sein werden.

**Frau Prof. Dr. Reuther** ergänzt, dass die Ideenmeisterschaft über mehrere Tage im September laufen solle. Die Ergebnisse einer Befragung der Stadtgesellschaft würden mit einfließen. Die Ergebnisse sollen am 29.10. in einem Forum Innenstadt vorgestellt und diskutiert werden.

**Herr Staatsrat Deutschendorf** stellt klar, dass dieses Projekt nicht von einem Investor allein, sondern auch von anderen Projektbeteiligten bezahlt werde und die Stadt fördere das Verfahren mit 100.000 €. Es sei eine spannende Chance, einen wirklich hochkarätigen Expertenkreis nach Bremen zu holen und in dieser Ideenmeisterschaft arbeiten zu lassen. Er erwarte, dass die Ergebnisse die Qualität des weiteren Prozesses sichern und bereichern werden.

**Herr Bücking** erinnert daran, dass es auch darum gehe, sowohl die Sicherung und Entfaltung der öffentlichen Interessen wie auch den Erfolg der privaten wirtschaftlichen Ambitionen optimal zu organisieren. Dieses ungewöhnliche Format biete die große Chance, dass sich eine Dynamik entwickle, die zu guten Ergebnissen führe und tatsächlich überzeugend öffentliche und private Interessen in Beziehung zueinander setzen könne. Basis seien dabei auch die Beschlüsse der Bürgerschaft.

**Frau Prof. Dr. Reuther** ergänzt, dass in der Ideenmeisterschaft gemeinsam verabredete Ziele zugrunde lägen. Es gehe dabei auch um Fragen der Stadtentwicklung, nicht nur um private Interessen. Es gehe um die Attraktivität und Anziehungskraft des Zentrums, um die Frage eines zukunftsfähigen Nutzungsmixes, um die Qualitäten des Städtebaus, aber auch der öffentlichen Räume sowie um Mobilität, Erschließung und Erreichbarkeit.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Sie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Anschluss an die Ideenmeisterschaft über das weitere Vorgehen einen weiteren Bericht vorzulegen.*

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft benennt die baupolitischen Sprecher\*innen der Fraktionen zur Teilnahme an der Ideenmeisterschaft.*

*Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und  
bei Enthaltung der Fraktion der FDP*



TOP 16	<b>BW 264 Flutbrücke Wardamm Erneuerung des Asphaltbelages und der Brückenkappen, Betoninstandsetzung der Brückentafel, Erneuerung des Geländers</b>	Vorlage 19/480
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 17	<b>Petition S 19/235 - Beschwerde über die Bearbeitungszeit eines Wohngeldantrags</b>	Vorlage 19/461
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht des Petitionsausschusses zur Kenntnis.

TOP 18	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
TOP 18a)	<b>Sachstand kommunale Wohngeldstelle Bremen</b>	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18b)	<b>Herstellung von weiteren Hundenausläufflächen in der Stadtgemeinde</b>	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Buchholz** weist auf Schriftwechsel zwischen dem Park links der Weser und dem Ressort hin. Die in der Liste vorgeschlagene Fläche im Bereich des Parks Links der Weser sei laut Parkverein vollkommen ungeeignet. Laut Satzung hätte auch ein Vorgespräch mit dem Verein stattfinden müssen.

**Herr Staatsrat Meyer** weist darauf hin, dass es sich um eine Liste von Flächen handele, die erst noch auf ihre tatsächliche Eignung und Verfügbarkeit hin überprüft werden müssten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18c)	<b>Aktueller Sachstandsbericht zur Discomeile</b>	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Senkal** ist enttäuscht darüber, dass das Konzept aus dem Jahr 2015 nicht zu einem Zeitpunkt vorgelegt wurde, zu dem man z.B. in den Haushaltsberatungen noch hätte Einfluss nehmen können, um Mittel dafür zu veranschlagen. Das Konzept beinhalte ganz viele Aspekte, wie man diesen Bereich aufwerten könnte. Er sei sprachlos, wie hier mit diesem Thema umgegangen werde. In diesem Bereich hielten sich am Wochenende über 20.000 überwiegend junge Menschen auf. Der Gedanke des zugrundeliegenden Antrags aus dem Jahr 2012 war mit Sicherheitsaspekten, mit Wohnraum, mit gutem Klima und mit räumlichen Veränderungen

Atmosphären zu schaffen. Hier sehe er nur zwei oder drei Straßenlaternen, das sei keine Umbaumaßnahme. In einigen Bereichen werde etwas gemacht, weil die Gewoba das mache, oder weil dort eine Fahrradschnellroute eingerichtet werde. Dies habe aber nichts mit dem eigentlichen Umbau der Diskomeile zu tun. Er frage sich, was mit den 1,6 Mio. €, die im HH dafür eingeplant seien, tatsächlich umgebaut werde. Das, was eigentlich besprochen war, die Absperrung, damit die Besucherströme entzerrt werden, falle flach. Das Beleuchtungskonzept bestehe in der Vorlage aus zwei Laternen. Die provisorische verkehrslenkende Maßnahme falle komplett raus. Viele andere Dinge, die vorgeschlagen wurden seien nicht enthalten, über die Vorschläge aus dem Topotek- Entwurf sei hier kein einziges Mal diskutiert worden. Er sei ratlos und fühle sich voll und ganz getäuscht. Der zweite Bauabschnitt solle Ende 2020 beginnen. Wie viele Jahre solle das dauern und was werde da gemacht? Er sei einfach unzufrieden mit dem, was hier vorgelegt worden sei.

**Frau Pieper** weist darauf hin, dass die Durchführung und die Finanzierung der hier dargestellten Umbaumaßnahmen von der Deputation im April beschlossen wurden. Die angesprochenen Mittel dafür seien erst jetzt im Haushalt veranschlagt gewesen. Von der unteren Fahrbahn werde eine Fahrspur zu einer Gehwegfläche umgestaltet. Wenn diese Maßnahme umgesetzt sei, werde freitags und samstags zu Diskobetriebszeiten die Durchfahrt durch eine Schranke gesperrt. Die Maßnahmen mussten aufgrund des zwischenzeitlich beantragten Bauvorhabens der Gewoba geteilt werden. Der erste Bauabschnitt betreffe den Bereich vom Herdentorsteinweg bis zum Rampenfuß der Hochstraße, also bis kurz vor dem Gewoba- Gebäude. Dort baue hansewasser bereits und das ASV folge dann Anfang des nächsten Jahres. Nach Abschluss der Baumaßnahme der Gewoba folge sofort der zweite Abschnitt.

**Frau Bernhard** ist ebenfalls völlig überrascht, dass das Konzept seit 2015 im Ressort vorliege. Es sei nicht deutlich geworden, warum das so lange dauere. Die Maßnahmen seien schließlich nicht so bahnbrechend, dass sie nicht längst hätten umgesetzt werden können. Das sei nicht nachvollziehbar.

**Herr Petry** führt aus, dass im ersten Bauabschnitt bereits der größere Teil umgebaut werde. Es verbleibe ein kleinerer Teil der Bereich der Gewoba- Baumaßnahme. Die Gewoba habe etwa zwei Jahre für ihre Baumaßnahme eingeplant, wäre also planmäßig Mitte 2020 fertig. Der vordere Bereich vom Herdentorsteinweg bis zum Stubu sei eine relativ lange Strecke und es sei nicht richtig, diese Maßnahme klein zu reden. Hier werde eine Fahrbahn zurückgebaut, hier werde ein Gehweg verbreitert und ein Radweg gebaut. Die gesamte Beleuchtung werde an diesem Teil des Gehwegs neu aufgebaut, die Beleuchtung erfolge bisher über die Hochstraßenbeleuchtung. Die Beleuchtung an den Durchgängen Schillerstraße und Auf der Brake werde ebenfalls erneuert. Es handele sich insgesamt um eine sehr große Umbaumaßnahme diese erfordere auch viel Energie, viele Kapazitäten beim ASV und im Ressort. Topotek habe ein Konzept mit einem Potpourri aus Ideen vorgelegt. Eine Idee davon umzusetzen erfordere sehr viel Energie und Ressourcen. Deshalb war die Verabredung, sich zuerst auf die Maßnahme am Rembertiring zu konzentrieren und die Aufenthaltsfläche für die Fußgängerinnen und Fußgänger zu verbreitern, um die Sicherheit zu erhöhen. Das sei der Kern der Maßnahme, die jetzt im ersten Bauabschnitt umgesetzt werde.

**Herr Senkal** möchte wissen, wann der zweite Bauabschnitt voraussichtlich beendet sein werde und was dieser konkret beinhalte.

**Herr Petry** erklärt, dass der zweite Bauabschnitt mit ca. 9 Monate veranschlagt sei. Er beinhalte den Umbau der Nebenanlagen und die Erneuerung der Fahrbahn im Bereich der dann abgeschlossenen Baumaßnahme der Gewoba.

**Beschluss:**

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 18d)	<b>Novellierung des Kinderspielflächenortsgesetzes für die Stadtgemeinde Bremen</b>	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18e)	<b>Sachstand zur Beleuchtung im Schriefersweg</b>	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18f)	<b>Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen</b>	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Pohlmann** verweist auf die vorliegenden Austauschseiten.

**Herr Saxe** begrüßt diesen ersten Schritt der Umsetzung eines Bürgerschaftsbeschlusses. Inzwischen wurde die Straßenverkehrsordnung angepasst, so dass vor den genannten Einrichtungen grundsätzlich von einer besonderen Gefährdungslage ausgegangen werde. Tempo 30 werde nun dort angeordnet, wo keine gewichtigen Auswirkungen auf den ÖPNV oder Verdrängungsverkehre in anliegende Wohngebiete zu erwarten seien. In einem zweiten Schritt sei die BSAG gebeten worden, eine Stellungnahme abzugeben, um weitere Streckenanordnungen prüfen zu können. Dies sei ein wichtiger Schritt. Eltern wünschten sich Tempo 30, dies sei ein enormer Gewinn für die Sicherheit auf Schulwegen aber auch um Senioreneinrichtungen herum. Er freue sich schon auf den Fortschrittsbericht.

**Frau Sprehe** weist darauf hin, dass die Beiräte im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) gehört werden und es ihnen auch möglich sei, ergänzend Tempo 30-Zonen von sich aus zu beantragen. Sie erwartet, dass die Baudeputation über das weitere Verfahren in Kenntnis gesetzt werde.

**Herr Hamann** erinnert daran, dass Bremen ein E-Government-Gesetz verabschiedet habe. Dort werde die Verwaltung dazu auffordert, das Beteiligungsverfahren auch elektronisch abzubilden. Dies sei sehr wichtig, um den Informationsfluss zu gewährleisten. Folglich sollten sämtliche Unterlagen auch im Internet verfügbar sein. Wünschenswert sei z. B. ein interaktiver Stadtplan, wo man kleine Fähnchen an den gewünschten Stellen setzen könne. Die Verwaltung habe im Beteiligungsverfahren zum Verkehrsentwicklungsplan gute Erfahrungen damit gemacht.

**Herr Saxe** stellt klar, dass es einen Unterschied zwischen Tempo-30-Strecken und Tempo-30-Zonen gibt. In Tempo-30-Zonen gelte grundsätzlich die Vorfahrtsregelungen rechts vor links. Bei Tempo-30-Strecken gelte weiterhin die dort bestehende Vorfahrtsregelung. Das sei deswegen bedeutsam, weil man sich auf Hauptstraßen bewege, zum Teil mit ÖPNV-Verkehren. Bei Tempo-30-Zonen liege das Entscheidungsrecht bei den Beiräten. Die Anordnung von Tempo-30-Strecken erfolge in Umsetzung der Straßenverkehrsordnung durch das ASV, hier seien die Beiräte anzuhören.

**Frau Sprehe** bittet darum, das im Bericht angesprochene Gutachten der Deputation vorzulegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18g)	„Green City Masterplan“ Bremen	BdV schriftlich
----------	--------------------------------	--------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erinnert daran, dass die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Dieselskandals initiiert habe, dass solche Masterpläne Green City von den Kommunen erarbeitet werden sollen als ein Maßnahmenpaket, um Fahrverbote nach Möglichkeit zu vermeiden. Leider werde damit nicht an die Quelle der Emissionen herangegangen. Die Green City Masterpläne und die weiteren Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Stärkung des ÖPNV seien längerfristig wirkende Maßnahmen, die nicht geeignet seien, kurzfristig in Städten wie Düsseldorf, Stuttgart usw. für eine adäquate Luftqualität zu sorgen. Bremen sei in den Kreis der förderfähigen Kommunen gekommen, weil hier im Bezugsjahr 2016 noch Grenzwertüberschreitungen gemessen worden seien. Das wurde genutzt, um weitergehende Maßnahmen in Bremen zu erarbeiten, die auf den Verkehrsentwicklungsplan aufsetzen und an der ein oder anderen Stelle auch neue Themen aufgreifen, die damals noch nicht im Fokus waren.

**Herr Janßen** stellt fest, dass viele der Maßnahmen sehr kleinteilig seien, wünschenswerte Qualitätssteigerungen aber keine grundlegende Veränderung der Verkehrspolitik mit sich bringen würden. Viele Punkte seien keine neuen Maßnahmen. Gleichwohl würden Bundesmittel zur Verfügung gestellt, um einige dieser Maßnahmen schneller zu bewerkstelligen, das sei natürlich nicht abzulehnen. Aber unter einem Masterplan stelle er sich doch etwas mehr vor.

**Herr Saxe** findet trotzdem lobenswert und gut, was hier vorgelegt werde. Der Bund mache entsprechende Vorgaben, wie Maßnahmen im Bereich Digitalisierung, um die Mittel zu erhalten, das sollte man nutzen. Aber man werde die Verkehrsprobleme damit nicht lösen können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18h)	Plastikreste in Komposterde	BdV schriftlich
----------	-----------------------------	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass es um ein bundesweites Problem gehe. Insgesamt wäre es sinnvoll, im Rahmen der Umweltbildung darauf hinzuwirken, dass Biomüll nicht in Plastikfolien entsorgt werden dürfe und zudem müsse auf Bundesebene über die Verpackungsverordnung der Anteil an Plastikverpackungen deutlich reduziert werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18i)	Boden- und Grundwasserkontaminationen sowie Rückbaumaßnahmen auf dem Gelände des Tanklagers in Bremen-Farge	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Auf die Frage von **Frau Sprehe** berichtet **Herr Wessel**, dass der Feldversuch mit dem in Situ-Verfahren jetzt beginne. Es sei eine Mindestdauer von sechs Monaten vorgesehen, erfahrungsgemäß dauere es aber länger, bis Ergebnisse vorliegen. Er sagt zu, in den

Jahresberichten einen Sachstand zu berichten und nach Abschluss des Feldversuches erneut zu berichten.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 18j)</b>	<b>Taxikonzessionen -Fortschrittsbericht-</b>	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Hamann** hält die Zahl der durchgeführten Fahrzeugkontrollen im aufgeführten Zeitraum vor dem Hintergrund des Gutachtens für zu niedrig. Er möchte wissen, was zukünftig geplant sei, auch um die Zahl der Konzessionen zu senken. Weiter fragt er nach der Zusammenarbeit mit dem Zoll.

**Herr Polzin** antwortet, dass die Zusammenarbeit mit dem Zoll informell, gut und kollegial erfolge, aber ohne eine formale Vereinbarung. Die Zahl der durchgeführten Kontrollen war einerseits auch abhängig von der Stellenbesetzung, andererseits könnten nur die Konzessionen, die zur Verlängerung vorgelegt werden, geprüft werden. Dann bestehe die Möglichkeit, in Zusammenarbeit u. a. mit dem Zoll auf Unzulänglichkeiten zu prüfen. Ein neues Gutachten sei zurzeit in Arbeit, das Ergebnis werden in der Deputation vorgestellt werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 18k)</b>	<b>Bremer Erklärung zur Sicherung und Qualifizierung der Baukultur in Bremen</b>	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt von der „Bremer Erklärung zur Sicherung und Qualifizierung der Baukultur“ und der „Geschäftsordnung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Durchführung des Gestaltungsgremiums Bremen“ Kenntnis.*

<b>TOP 19</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>TOP</b>	<b>Rewe Markt Georg-Gleistein-Straße</b>	

**Frau Sprehe** berichtet von einem Rewe-Markt in Bremen Nord in der Georg-Gleistein-Straße, der sich vergrößern wollte. Dies war aufgrund des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes abgelehnt worden. Schräg gegenüber vergrößere der Aldi-Markt seine Verkaufsfläche und beabsichtige dabei unter anderem auch den erhaltenswerten, aber nicht denkmalgeschützten Aumunder Bahnhof abzureißen, um dort eine Lieferantenzufahrt zu bauen. Das sei in keiner Weise verständlich.

**Frau Dr. Schaefer** findet es schade, wenn der Bahnhof abgerissen werden würde. Es sei unverständlich, dass die Fläche für den Anlieferungsverkehr genutzt werden solle während der sehr große Parkplatz des Aldi-Marktes wenig genutzt werde. Der hintere Bereich dieser Fläche könnte für die Anlieferung genutzt und der Bahnhof dann erhalten werden.

**Frau Neumeyer** berichtet von Plänen, beide Märkte auf der Fläche an der Georg-Gleistein-Straße anzusiedeln. Dann hätte man vor dem Aumunder Bahnhof eine freie Fläche gehabt, auf der sogar eine Wohnbebauung vorstellbar gewesen wäre. Dadurch, dass die Erweiterung des Rewe-Marktes abgelehnt werde, sei das nicht möglich.

**Herr Donaubauer** führt aus, dass sich das Bahnhofsgebäude in privatem Eigentum befinde. Ein Verkauf sei Privatsache, ein gemeindliches Vorkaufsrecht bestehe nicht. Bezogen auf den Aldi- Standort gehe es eigentumsrechtlich um die Flächenarrondierung. Es sei geplant, das bestehende Gebäude von gut 650 m<sup>2</sup> um etwa 400 m<sup>2</sup> einseitig zu vergrößern. Dafür müssten der zusätzliche Stellplatzbedarf und die Anlieferungsmöglichkeit nachgewiesen werden. Für das Baugrundstück müsste die Stadt ein Grundstück abtreten, ebenso der jetzige Bahnhofseigentümer. Vorher sei keine Umsetzung möglich. Dies sei noch nicht erfolgt. Grundsätzlich werde im konkreten Bauantragsverfahren die Kompatibilität mit dem Zentren- und Nahversorgungskonzept geprüft. Der Aldi-Markt habe einen Bauantrag gestellt. Die genannte Rewe- Entwicklung sei zwar informell dem Beirat vorgestellt worden, dem Bauamt Bremen Nord liege aber kein prüffähiger Antrag vor.

Der Aldi-Markt liege im Geltungsbereich eines alten Bebauungsplanes, der diese Erweiterung möglich mache, während sich der Rewe-Markt in einem Gewerbegebiet befinde, das nach Verkaufsflächenbeschränkung und auch nach Zonierung der Bauräume die angesprochene Erweiterung ohne Bauleitplanänderung nicht möglich mache.

Derzeit werde überlegt, rund um diesen Bahnhaltelpunkt erstmalig ein Nahversorgungszentrum in der Fortschreibung des Zentrenkonzeptes festzulegen. Die konkrete Ausgestaltung sei aber noch offen. Es sollte eine Lösung gefunden werden, die auf lange Sicht, auch mit Blick auf die verkehrliche Erschließung, tragfähig sei.

**Herr Pohlmann** schließt die 31. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll